



Antrag an den Studierendenrat:

Gegen die Verleumdung antifaschistischer Arbeit in Tübingen

Antragstellerin: Studierendeninitiative „Ernst-Bloch-Universität Tübingen“

Der Studierendenrat stellt fest: Wir missbilligen die Verleumdung antifaschistischer Arbeit in Tübingen, die durch einige im Studierendenrat vertretenen Hochschulgruppen forciert wurde. So bezeichnete der Flyer der Liberalen Hochschulgruppe „die Antifa“ in pejorativer Art und Weise pauschalisierend als „Extremisten“. Am 30. Juni schrieb die Liberale Hochschulgruppe in einem Facebook-Posting:

„Es darf nicht sein, dass in Erwägung gezogen wird, mit Gruppen zusammenzuarbeiten, die vom Verfassungsschutz eindeutig als extremistisch klassifiziert werden.“

Diese Formulierung impliziert, dass mit Gruppen gearbeitet werden sollte, die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft werden. Dass dies niemals der Fall war, wird unterschlagen. Die „Antifa Reutlingen Tübingen“, Mitveranstalterin des Vortrags von Ingrid Strobl, tauchte noch nie im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg auf. Dieses Facebook-Posting hat daher keine sachliche Grundlage und kann als Falschbehauptung angesehen werden, denn niemals fand eine Zusammenarbeit mit einer Gruppe statt, die verfassungsschutzrechtlich relevant ist, und dies wurde auch nicht in Erwägung gezogen.

Dennoch – obwohl die „Antifa Reutlingen Tübingen“ dem Verfassungsschutz also offenbar nicht als extremistisch gilt – wird eben dieser Vorwurf nicht nur von der Liberalen Hochschulgruppe, sondern auch vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten weiterhin kolportiert, unter anderem auf Wahlkampfflyern. Es zeugt von einem fragwürdigen Rechtsverständnis, wenn politische Hochschulgruppen das Deutungsmonopol darüber beanspruchen, welche Gruppen als extremistisch zu gelten haben und allein aufgrund deren Deutung damit von Förderung ausgeschlossen werden sollen.

In Zeiten des gesellschaftlichen Rechtsrucks solidarisieren wir uns mit allen Kräften, die gegen neofaschistische Tendenzen kämpfen und verwehren uns gegen alle Versuche, antifaschistisches Engagement in negativer Art zu skandalisieren.

Mit antifaschistischen Grüßen,

Eure Studierendeninitiative „Ernst-Bloch-Universität Tübingen“

Anlage: Facebook-Posting der Liberalen Hochschulgruppe vom 30. Juni 2018.



Die StuRa Sitzung am Montag, aber auch die Elefantenrunde zeigte mal wieder, dass wir alles tun müssen für ein StuRa-Update

Es kann unserer Sicht nach nicht sein, dass wir es im StuRa immer noch nicht schaffen relevanten hochschulpolitischen Themen den nötigen Raum zu geben und an der Umsetzung von konkreten Ideen zu arbeiten.

Es darf nicht sein, dass jeder Gast im Stura durch ein Lenin-Plakat begrüßt wird und sich der Stura mehrheitlich nicht kritisch mit der Geschichte Lenins befassen will (oder kann) und wir uns stattdessen den unangemessenen, verletzenden und völlig unbegründeten Vorwurf machen lassen müssen, NS-Plakate aufhängen zu wollen.

Es darf nicht sein, dass in Erwägung gezogen wird, mit Gruppen zusammenzuarbeiten, die vom Verfassungsschutz eindeutig als extremistisch klassifiziert werden.

Es darf nicht sein, dass die anderen StuRa-Mitglieder überrascht sind, dass wir unseren satzungsgemäßen Anspruch auf Einsicht vom Stura-Konto geltend machen und wir dafür nur ungläubige Blicke ernten.

Es darf nicht sein, dass ein imperatives Mandat von einigen Gruppen die Stimme der Minderheit der Stura-Mitglieder so gut wie bedeutungslos macht.

Daher arbeiten wir aktuell akribisch nicht nur an der Überarbeitung zu unserem Antrag zur finanziellen Transparenz, sondern auch an einem effizienteren Arbeiten des StuRas.

Im Stura sollte es wie immer in der Politik um den Streit um das beste Argument gehen. Dafür treten wir Tag für Tag ein und versuchen mit euch zusammen die Zukunftsthemen der Universitätsstadt Tübingen anzugehen:

Eine Bib mit mehr Lernmöglichkeiten und 24/7 Öffnungszeiten,
Digitalisierung von Lerninhalten, Online-Streaming von Vorlesungen und Stura-Sitzungen, ein landesweites Semesterticket von dem die Studis profitieren und und und.

Wir wollen Inhalte umsetzen und uns nicht mehr gegenseitig aufhalten!